

IG Metall -Vertrauensleute  
Continental Teves  
Guerickestr.7  
60488 Frankfurt  
Kollege Ibrahim Esen

Frankfurt/M, 24.10.2002

An den  
IG Metall Vorstand  
Lyoner Str. 32  
60528 Frankfurt  
Z. Hdn.  
Kollegen Klaus Zwickel  
Jürgen Peters

An den  
IG Metall Bezirk Frankfurt  
Lyoner Str. 32  
60528 Frankfurt  
Z. Hdn.  
Kollege Klaus Mehrens

An die  
IG Metall Ortsvorstand Frankfurt  
Z. Hdn.  
Kollege Bernd Rübsamen

Lieber Klaus, lieber Jürgen-

neben der aufmerksamen Beobachtung der Berichterstattung in den Medien und der Lektüre von Publikationen der IG Metall, haben wir uns in unserer Sitzung am 24.10.02 mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission befasst.

Wir haben dabei festgestellt, dass dort Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, die nicht nur wieder einseitig Arbeitnehmer mit und ohne Arbeitsplatz belasten, sondern insbesondere auch negative Auswirkungen auf eine ausgewogene, auf Angleichung orientierten Strukturpolitik haben. Dies wird insbesondere an dem verschärften Druck auf Arbeitnehmer ohne Arbeitsplatz zur Annahme von Arbeit weit weg von ihrem Wohnort deutlich. Die große Zahl von Arbeitnehmern ohne Arbeitsplatz soll der zu geringen Zahl von vorhandenen Arbeitsplätzen wie die Nomaden hinterher wandern, und dabei noch ungesicherte, unterbezahlte Arbeit annehmen. Dadurch werden sich die negativen Auswirkungen, wie Rückgang der Steuereinnahmen und einseitige Bevölkerungsstruktur, in strukturschwachen Regionen noch verstärken.

Auf andere Vorschläge, wie z.B. die Beschäftigung über PSA'n zu Vergütungen in Höhe des Arbeitslosengeldes, möchten wir hier im einzelnen nicht eingehen.

Diese sind in den Medien und innerhalb der Publikationen der IG Metall bereits dargestellt worden.

Wir sehen in den einseitigen Vorschlägen der Hartz-Kommission den gleichen falschen Ansatz wie er über 16 Jahre konservativ-liberaler Regierungspolitik bis 1999 schon zu Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung geführt hat.

Wir fordern deshalb den Vorstand der IG Metall auf, die Pläne der Hartz-Kommission nicht nur abzulehnen, sondern auch Protestaktionen zu organisieren.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf notwendige Aktivitäten zur Streichung des § 146 SGB III hinweisen.

Wir sehen dies als eine wichtige Voraussetzung für unseren Kampf gegen Einkommens- und Sozialabbau.

Wir werden diese Aktionen mit ganzer Kraft unterstützen.

Ibrahim Esen  
VK - Vorsitzender

Vicente del Pozo  
Mitgl. VKL